

Detlef Lehnert

Ursprünge und Entwicklungen der „Deutschen Hochschule für Politik“ 1920 bis 1933

80 Jahre Politikwissenschaft in Berlin, Teil I

Vortrag am 9.2.2001 anlässlich der Übergabe der Diplomurkunden

Erwarten Sie bitte von mir keine Laudatio auf „80 Jahre Politikwissenschaft in Berlin“. Als die „Deutsche Hochschule für Politik“ am 20. Oktober 1920 mit einem feierlichen Gründungsakt eröffnet wurde, verkündeten nicht einmal die Festredner die Geburt einer neuen akademischen Disziplin. Der amtierende Reichsaußenminister Walter Simons suchte vielmehr eine Situationsparallele in der Gründung der Berliner Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts „als eine Sammelstätte geistiger Widerstandskräfte gegen die äußeren Gefahren“. Wie damals „nach der Schlacht bei Jena Preußen zusammengebrochen war“, so warf aus dieser Sicht nunmehr der Versailler Vertrag mächtige Schatten auf die neue Hochschule. Die vorbereitende Denkschrift hatte ein junger Dozent namens Theodor Heuß verfasst, der 1949 erster Bundespräsident werden sollte. Was Heuß dort über nationalpolitische Gründungsmotive formulierte, übernahmen auch die Einführungsworte des ersten Vorlesungsverzeichnisses: Die Deutsche Hochschule für Politik - im folgenden DHP abgekürzt - solle als „Werkzeug für die Wiederaufrichtung des deutschen Staates“ dienen. Geradewegs in Propagandasprache hieß es im ersten Vorlesungsverzeichnis: Unter dem internationalen „System von Demütigungen“ habe „deutsche Politik“ fortan „nur einen Inhalt, den Kampf der nationalen Befreiung“. Daraus wurde folgendes Lehrprofil hergeleitet: Die DHP „will ihre Schüler die Lebensfragen der Nation erfassen lassen nicht aus der Distanz überschauender wissenschaftlicher Betrachtung, sondern aus der Verantwortung des mitten im Flusse der Ereignisse stehenden Staatsbürgers, der zum Mithandeln berufen ist“.

Dies klang eher nach der Gründung einer nationalpolitischen „Staatsbürgerschule“ – und namentlich genau dieses hatte noch im letzten Kriegsjahr Friedrich Naumann beabsichtigt, zu dessen engstem Freundeskreis auch Heuß gehörte. Deren Zielsetzung lautete zunächst, den Rückstand des Liberalismus gegenüber den Bildungseinrichtungen des sozialdemokratischen, katholischen und protestantisch-konservativen Parteimilieus auszugleichen. Der Übergang vom Kaiserreich zur Republik ermöglichte diesem Naumann-Frendeskreis die Erhebung der geplanten Parteischule zum Nationalprojekt: wie die Franzosen nach ihrer Kriegsniederlage von 1870/71 in Paris eine

Kaderschmiede des Politikernachwuchses errichtet hätten, sollte nunmehr nach deutschem Kriegsdebakel eine Berliner Hochschulgründung von einem „vaterländischen und politischen Impuls“ getragen sein, wie Heuß sich rückblickend ausdrückte. Daß auch führende Köpfe der liberalen DDP die nationalpolitischen Motive dermaßen betonten, lag mehr als nur in der Fixierung auf den Versailler Vertrag begründet. Denn Naumann, bis zu seinem Tod im Sommer 1919 DDP-Vorsitzender, war um die Jahrhundertwende noch mit der Gründung des national-sozialen Vereins hervorgetreten; dessen Programm lautete kurz gefasst Imperialismus nach außen im Dienste der sozialen Integration nach innen. Aus Max Webers Freiburger Antrittsvorlesung, die zu deutscher Weltpolitik im Daseinskampf der Völker aufrief, hatte Pfarrer Naumann sein vielzitiertes Credo abgeleitet: „Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen!“ Im akademischen Jargon lautete das gleiche Motiv „Primat der Außenpolitik“. Wegen der vielen Nachbarvölker und entsprechendem äußerem Druck könne sich Deutschland solche innere Freiheit wie das englische Inselvolk oder die überseeischen USA gar nicht erlauben – so lehrte es nicht allein der konservative Historiker Otto Hintze.

Die Gegenthese blieb Minderheitsposition, auch wenn Sie kein Geringerer als der Weimarer Verfassungsautor Hugo Preuß in seinem Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ entwickelt hatte: Gerade die von den westlichen Demokratien abweichende Obrigkeitsstruktur mit übermächtiger Bürokratie- und Militärgewalt hatte Preußen-Deutschland isoliert und in äußere Feindverhältnisse getrieben. Doch Naumann tendierte eher zu einem sozialpolitisch flankierten Nationalliberalismus und hat mit seinen Gesinnungsfreunden auch gegen die schwarz-rot-goldene Staatsflagge der Weimarer Republik gestimmt; denn im Zeichen des Versailler Vertrags sei nicht die geeignete Stunde der Abkehr von der schwarz-weiß-roten Vergangenheit. Solches Primat der Außenpolitik hat dann auch die Lehrinhalte der DHP zunehmend geprägt. Noch vor dem Studienleiter Heuß und Gertrud Bäumer, die sich für die Frauenbildung engagierte, war Ernst Jäckh als DHP-Geschäftsführer die zentrale Figur aus der Naumann-Tradition. Seine Interessen lagen fast ausschließlich im Bereich der internationalen Politik. Zur Startfinanzierung der DHP hatte wesentlich der Industrielle Robert Bosch beigetragen; ohne dessen Mittel wären nicht einmal die sechs hauptamtlichen Lehrkräfte zu finanzieren gewesen. Die staatliche Förderung beschränkte sich auf Sachmittel wie die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten; sonst war man auf das mühsame Einwerben von Privatspenden angewiesen.

Die weitere Entwicklung der 20er und frühen 30er Jahre führt uns tatsächlich zur Politikwissenschaft; aber nicht wegen vermeintlicher Akademisierung der DHP, sondern weil sich diese Bildungseinrichtung selbst als Untersuchungsgegenstand eignet: insbesondere für das Hineinwirken politischer Kräfte in machstrategischer, ideologischer und materieller Hinsicht. In den ersten Jahren der Republik, unter dem Präsidenten Ebert und häufig von der Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum gestellten Regierungen, fanden Themen der Innenpolitik und Grundlagenfragen noch gebührende Beachtung im Lehrprogramm der DHP. Angesichts einer schweren Krise der Republik im Inflationsjahr 1923 brach jedoch auch das Interesse an den Bildungsangeboten der DHP massiv ein: Waren es in allen drei vorausgegangenen Wintersemestern stets um 800 Einschreibungen, fiel deren Zahl nun unter 300. Im Sommerhalbjahr, wenn andere Freizeitbeschäftigungen mit den nicht vor 17 Uhr beginnenden DHP-Programmen konkurrierten, lauteten zuvor die Ziffern noch 350-400, 1924 verblieb jedoch nur mehr eine Restgruppe von 130. Auch den politischen Konjunkturdaten war nicht gerade steigende Begeisterung für die Republik zu entnehmen: Seit 1925 amtierte Generalfeldmarschall a.D. v. Hindenburg als gewählter Reichspräsident und wurden die verfassungsgegnerischen Deutschnationalen an Reichskabinetten beteiligt. Ein deutschnationaler Innenminister war es schließlich, der 1927 über den Finanzierungshebel die Aufnahme des „Politischen Kollegs“ seiner Partei in die DHP erzwungen hat. Die Startfinanzierung aus dem Hause Bosch war ausgelaufen, erste Dozentenentlassungen bereits eingeleitet, und diese Ungunst der Stunde nutzten die machtbewussten Deutschnationalen.

Entgegen begleitender Legendenbildung gab es zuvor schon politische Meinungspluralität, wenn auch gewissermaßen um eine Naumannsche DDP-Mitte herum gruppiert: Unter den sechs hauptamtlichen Lehrkräften fanden sich neben Heuß und Frau Bäumer und dem gebürtigen Briten Richmond Lennox, der internationale Beziehungen unterrichtete, drei offenbar wohlkalkulierte Richtungsprofile: Die SPD war mit dem für Sozialpolitik zuständigen Karl Mennicke vertreten, der in seiner Partei zu den „religiösen Sozialisten“ zählte. Der katholischen Zentrumspartei ließ sich Wilhelm Haas zurechnen, der neben einem „Arbeitskreis für christliche Politik“ vorrangig Kurse zu Fragen der politischen Psychologie angeboten hat. Ein konservativer Individualist war der Mitbegründer der „Zeitschrift für Politik“, Adolf Grabowsky, der im DHP-Kanon die geopolitische Denkschule verankerte. Den Staat verstand er als „ein vitales Wesen, das sich vor allem aus Raum und Volkstum, seinen natürlichen Grundlagen, zusammensetzt“. Mit der erzwungenen Aufnahme eines deutschnationalen Ergänzungskollegiums wurde dies aber zunehmend so gelesen, dass es deutschem

Volkstum naturgemäß am Lebensraum im Osten ermangele. Bei Max Hildebert Boehm, dem Leiter des „Deutschumsseminars“ an der DHP, wurde die Politik- als „Deutschumswissenschaft“ präsentiert; insbesondere für deutsche Minderheiten im Osten wollte man dem „praktischen Bedürfnis der gefährdeten Volksgruppen nach einer volkstumshaft gebundenen, den Selbsterhaltungswillen stärkenden, den Daseinskampf unterstützenden deutschen Geisteswissenschaft“ dienen. Eine andere Lehrveranstaltung des „Politischen Kollegs“ im Wintersemester 1927/28 hatte gar „Die Bedeutung der Rasse für die Geschichte“ zum Thema. Im übrigen gruppierten sich Lehrinhalte zunehmend nach geopolitischen Einflusszonen: Die bereits im Ersten Weltkrieg, und zwar stichwortgebend bei Naumann strapazierten Mitteleuropa-Konzepte wurden vom deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Martin Spahn und dessen Mitarbeiter Pleyer an der DHP vertreten; daneben gab es das „Eurasische Seminar“ des Geheimrats Cleinow, der sich vor allem mit Russland und Polen befasste. Die erzkonservativ-monarchistische „Kreuz-Zeitung“ lobte im Dezember 1932 folgerichtig das unpolitisierte Institutionenprofil in den höchsten Tönen: die DHP leiste nunmehr „Vorzügliches“. Daß solche Hochschuleile in die „auslandswissenschaftlichen“ Dienste der NS-Diktatur gestellt werden konnten, ist dann nicht mehr sonderlich überraschend. Der längjährige Chefideologe des „Politischen Kollegs“, Martin Spahn, fand sich 1933 sogar unter den ersten, noch freiwilligen Überläufern zur Reichstagsfraktion der NSDAP.

Aus gänzlich anderen materiellen und geistigen Quellen wurde ein zweiter Schwerpunkt im Bereich der internationalen Politik gespeist. Nach den Locarno-Verträgen mit Frankreich 1925 und anschließendem Beitritt zum Völkerbund 1926 war nicht allein die anleihestrategische Kreditwürdigkeit Deutschlands wiederhergestellt. So gelangen dem rührigen DHP-Organisator Jäckh in den Folgejahren beachtliche Einwerbungen von Fördermitteln der Carnegie- und Rockefeller-Foundation; sie machten zuletzt etwa die Hälfte des Gesamtetats aus. So wie in der frühen Bundesrepublik eine demokratische „Re-education“ aus den USA mitfinanziert wurde, galt dies in der Weimarer Republik für die Absicht, die preußischen Militarismus- und deutschen Imperialismus-Traditionen in einer Friedensordnung zu absorbieren. Einzig dieser transatlantische Flankenschutz ermöglichte linksliberalen Nachwuchswissenschaftlern wie Hajo Holborn den Start der akademischen Karriere an der DHP. An dem erheblichen Übergewicht der rechtsgerichteten Dozentenschaft im Bereich der auswärtigen und internationalen Politik war auf diese Weise aber nur begrenzt zu rütteln; denn jene Lehrkräfte hatten ihre Existenzgrundlage zumeist außerhalb der DHP gesichert und waren häufig nur nebenamtlich tätig. Gegenüber amerikanischen Geldgebern und

misstrauischen Staatskonservativen wurde es in der zweiten Hälfte der 20er Jahre opportun, verstärkt von „Politik als Wissenschaft“ an der DHP zu reden - und über die ursprünglich patriotisch-republikanischen Schulungszwecke besser hinwegzuschweigen.

Zwischen Deutschnationalismus und Konzepten einer „Friedensakademie“ suchte die Hochschulleitung um Jäckh eine mittlere Linie im Sinne des Naumann-Erbes. Dessen national-soziales Herkunftsprofil erwies sich allerdings nach der Machtübergabe an die Reichskanzlerschaft Hitlers als Einfallstor für peinlichste Anbiederungsstrategien Jäckhs. Einem archivalisch überlieferten Bericht zufolge wies Jäckh in einer Veranstaltung am 27. März 1933 „auf die Übereinstimmung der 13jährigen Tätigkeit der Hochschule mit den von Reichskanzler Hitler in der Potsdamer Garnisonkirche proklamierten Forderungen des Primats der Politik und einer Synthese aller nationalpolitischen Lebenskräfte hin“. Den Pfarrer Naumann mit seiner jahrzehntelangen sozialpatriotischen Missionstätigkeit versuchte Jäckh folgendermaßen dem NS-Regime als geistigen Ahnherrn für seine DHP zu empfehlen: „Ausgegangen von der nationalsozialen Bewegung Friedrich Naumanns habe sie in den bisher 25 Semestern alle 'Kräfte guten Willens' erreicht und vereinigt, seit 10 Semestern auch schon Führer und Jünger der nationalsozialistischen Bewegung, im Dozenten- und Studentenkreis.“ Die Ideologen der NSDAP waren mit solchen Kniefällen aber ebenso wenig zu beeindruckten wie amerikanische Stiftungen mit angeblich mäßigendem Einfluß, den Jäckh in seiner maßlosen Selbstüberschätzung auf die braune Herrschaftskaste in Berlin ausüben wollte. Die alljährlichen Wahlen zum „Hörer-Ausschuß“ bezeugten überdies, dass sich der Rechtsruck seit 1927 weitgehend auf die Lehrenden begrenzt hatte und nicht etwa auf Wünsche der Lernenden zurückging: Sogar eine Woche nach Übernahme des Reichskanzleramts durch Hitler wurden nur 14,7 % der Stimmen für den NS-Studentenbund abgegeben, weitere 7 % für eine deutschnationale Liste, aber immer noch 43 % für die Sozialdemokraten. Ansonsten entfielen 16,4 % auf eine gemeinsame Kandidatur der gemäßigten bürgerlichen Gruppen und 18,9 % auf die Kommunisten.

Bereits im Januar 1932 hatte aber der NS-Studentenbund an der Berliner Universität 65 % der abgegebenen Stimmen erhalten. Im alten Wahlgebiet Berlin, also ohne die Eingemeindungen von 1920, war hingegen die KPD bei den Reichstagswahlen im November 1932 auf fast 38 % gekommen. Demnach hatten studentische wie gesamtstädtische Radikalisierungstrends nur sehr begrenzt die DHP erreicht. Dies lag auch darin begründet, dass Präsident Jäckhs Zehnjahresbericht mit der Behauptung, „Attaches, Akademiker, Arbeiter“ seien gemeinsam an der DHP vertreten,

nichts als Imagepflege war: Der Arbeiteranteil lag unter 5 %, und auch Studierende mit Universitätsabschluß oder gar in der höheren Beamtenlaufbahn waren eine Rarität. Die größte Hörschaftsgruppe bildeten Angestelltenberufe, noch deutlich vor Studierenden der Universität, die nebenbei auch DHP-Kurse belegten, und Nicht-Berufstätigen, die ein Bildungsangebot nutzten. Es waren also Teile der neuen Mittelschichten, die sich von der DHP zusätzliche Bildungs- und Aufstiegschancen versprechen konnten. In Antwortbriefen an Interessierte wurden im Übergang zu den 30er Jahren auch folgende Erfahrungswerte offen dargelegt: „Der erfolgreiche Besuch der Hochschule für Politik gewährt zwar keine Berufsberechtigung, wohl aber Berufschancen auf journalistischem und organisatorischem Gebiet. ... Am besten stellen sich die Studenten, die ihr Studium gleichsam im Auftrage einer politischen Körperschaft im Hinblick auf bestimmte künftige Aufgaben unternehmen.“ Diese Organisationsgebundenen hatten aber ein deutlich anderes Sozialprofil als Universitätsstudenten oder die Wahlbevölkerung: an der DHP drastisch unterrepräsentiert waren einerseits Selbständige und höhere Beamte, andererseits Frauen und Arbeiter.

Gegenüber dem Führungskreis um Jäckh und einflußreich gewordenen deutschnationalen Lehrpersonen haben sich wissenschaftliche Alternativprogramme an der DHP nur punktuell artikuliert. Gern wird zur Konstruktion einer Kontinuitätsthese über nunmehr 80 Jahre Berliner Politikwissenschaft Sigmund Neumanns beachtenswerte Schrift „Die politischen Parteien in Deutschland“ bemüht. Diese wurde freilich erstmals 1932 veröffentlicht, und seit 1930 leitete Neumann hauptamtlich eine Berliner Volkshochschule und nicht mehr das Archiv der DHP. Etwas intensiver ragte der junge Staatsrechtsgelehrte Hermann Heller in das Lehrprogramm hinein, denn er betreute seit Herbst 1928 nebenamtlich den Bereich Innenpolitik und Staatslehre. Als Sozialdemokrat mit ausgeprägter National- und Staatsgesinnung bildete Heller für die Hochschulleitung um Jäckh nach links hin das innenpolitische Gegenstück zum Außenpolitiker Otto Hoetzsch, der Geschichtsprofessor mit Ostforschungsschwerpunkt und zugleich deutschnationaler Reichstagsabgeordneter war. Doch Heller nahm 1932 eine Berufung nach Frankfurt an und konnte sich erst mit der 1934 posthum erschienenen „Staatslehre“ den akademischen Ruf erwerben, die Staatsrechtslehre als politische Wissenschaft verstanden zu haben. Das pointierteste Kontrastprogramm zum Nationalpathos im Kollegenkreis formulierte mit seinem Fachverständnis einer „politischen Soziologie“ Albert Salomon, ein Mitarbeiter des Theorieorgans der SPD „Die Gesellschaft“: Gegen die nationalen Emotionen setzte er in der Zehnjahresbilanz der DHP das

Plädoyer für „nüchternes, rationales Denken“, für das deutsche politische Kultur „viel von den Amerikanern, Engländern und Franzosen lernen“ könne. Doch auch dieser Vertreter einer Orientierung an den westlichen Demokratien wanderte 1931 nach Köln ab. Dermaßen hohe Fluktuation lenkt den Blick auf das Kernproblem der DHP: Es fehlten ihr jenseits des Carnegie-Lehrstuhls die Mittel für eigene Professuren, die mehr als nur einen Titel mit etwas Unterrichtsgeld bedeuteten. Damit ließen sich gerade Nachwuchsgelehrte kaum an die Institution binden.

Erschien deshalb schon eine Hochschule nahezu ohne eigenes akademisches Lehrpersonal als Kuriosum, gilt dies ebenso für die Studienabschlüsse. Erst 1930 trat eine Diplomprüfungsordnung in Kraft, aber es handelte sich mehr um ein Privatschulzertifikat als ein mit Universitätsabschlüssen gleichwertiges Zeugnis. Auf wohlgezählte drei Diplomarbeiten konnte 1931 die DHP-Selbstdarstellungsschrift „Politik als Wissenschaft“ zurückblicken, und deshalb waren sie einzeln vorzustellen: Ein Student Jaensch hatte über „Die Nationalitätenpolitik des heutigen Polen“ geschrieben, ein Journalist Preikschar sich „Gedanken zur Memelfrage“ gemacht, und ein Junglehrer Marx „Die Stellung der Erziehungsberechtigten in der staatlichen Schulpolitik“ behandelt. Die vorrangige Ostorientierung eines geopolitischen Blickhorizonts und der ergänzende bildungspolitische Auftrag sind in diesen Themen nochmals dokumentiert. Anlässlich ihres zweijährigen Bestehens hatte sich die DHP noch einigermaßen realitätsnah als „Hochschule, Fachschule, Volkshochschule“ unter einem Dach präsentiert. Würde heute über die Ursprünge des Fachhochschulwesens, des Zweiten Bildungsweges und der Berufsbildungskurse, nicht zuletzt auch der öffentlich zugänglichen Staatsbürgerkunde zu reden sein, fiel die Erinnerung an die DHP der Weimarer Republik durchaus gehaltvoll aus. Eben diese Praxisnähe in den Erwartungen der Hörschaft kollidierte aber mit allzu gespreizten Hochschulambitionen. In den überlieferten Aktenbeständen findet sich dann auch Ende 1931 das ernüchternde Fazit nach vierjährigen Bemühungen um einen prestigeträchtigen Überbau: „Die Akademische Abteilung weist leider keinen Zugang auf.“ Gleichzeitig hatten sich die Einschreibungen gegenüber dem Vorjahr insgesamt verdoppelt, was jedoch allein mit der Massenarbeitslosigkeit zu erklären war. Im Proseminar, das Neuzugänge auffing, waren im Sommer mehr als 80 % Erwerbslose verzeichnet. Sogar aus dieser Notsituation machte die DHP-Leitung noch eine Selbstdarstellungstugend, wie dem freimütigen Bekenntnis eines internen Schreibens zu entnehmen ist: „Wir sind jetzt der Sorge enthoben, die Statistik zu unseren Gunsten zu färben, wie es früher oft nötig war.“

In einem Bereich führt diese Rückschau auf die DHP aber tatsächlich noch zu erstaunlich intensiven Wiedererkennungsmustern für Gegenwartsbelange unseres Instituts: Die Prüfungsordnung nach vier Semestern Grundkursen liefert mit dem Inkraftsetzungsdatum 11. Februar 1926 zunächst ein passendes Jubiläum, denn übermorgen vollendet sich immerhin der 75. Jahrestag. Erst recht verdient die Komposition der sechs Prüfungsgebiete die gebührende Aufmerksamkeit: „Auswärtige Politik“, „Innere Politik“, „Rechtsgrundlagen der Politik“, „Hauptfragen der Wirtschaftspolitik“, der „allgemeinen Politik“ (= Theorie) und der „politischen Geschichte“ waren dort aufgelistet. Unter den genannten Themenfeldern bilden drei teilweise noch heute den Kernbestand politikwissenschaftlicher Institute: von den Theoretischen Grundlagen, über die inneren Strukturen einschließlich politischer Soziologie der Parteien und Verbände bis hin zu den internationalen Beziehungen. Mit Geschichte, Recht und Wirtschaft sind zusätzlich drei fachübergreifende Verknüpfungen schon damals aufgenommen worden, um die Hintergründe politischer Entwicklungen umfassender analysieren zu können. Solches Fachprofil des interdisziplinären Brückenschlagers konnte sich aber erst nach 1945 akademisch etablieren, und es ist bei aller notwendigen Fortschreibung der Inhalte von Forschung und Lehre bis heute nicht überholt; für diese abschließende These muß ich aber die Beweislast in die Verantwortung der nachfolgenden Vortragenden legen.

Quellennachweis:

Die wesentlichen Belegstellen zu diesem Text sind zu finden in:

1. Politische Vierteljahresschrift 30 (1989), S.443-465.
2. Gerhard Göhler/Bodo Zeuner (Hrsg.), Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991, S.41-64 und S.65-93.